

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

"Ottendorfer Zeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Beigabe: Monatlich 2,25 Mark.
Bei Bezug durch die Posten 2,50 Mark.
Bei höherem Gewalt (Krieg usw.)
oder Störungen des Betriebes der
Postanstalten ob d. Beschränkung
der Dienstleistung oder Rücksichtnahme
auf Sicherung oder Nachlieferung der
Posten ob auf Rücksichtnahme d. Bezugsschaffens.

Anzeigen-Preis: Die kleinste zuverlässige Zeitung
der ersten Seite wird mit 50 Pf., auf
die anderen Seiten mit 125 Pf. berechnet.
Anzeigen werden an den Erstellungszeitpunkt
bis spätestens Sonnabend 10 Uhr in die
Schreinerei erbeten.
Jeder Aufdruck auf Rückseite erhält, wenn
der Anzeigende Zeitung durch Klage eingespielt
wurde nach oder wenn der Anzeigende
in Recht hat.

Fernsprech-Anschluß Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Kummer 66

Sonnabend, den 13. Juni 1920

19. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Montag, 14. Juni, abends halb 9 Uhr
öffentliche Gemeinderats-Sitzung

an der neuen Schule.

Die Tagesordnung hängt am Amtsbrief im Gemeinde-

amt aus.

Ottendorf-Moritzdorf, am 12. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Neuestes vom Tage.

Die Neubildung der Regierung scheint jetzt endlich
ihren Abschluß zu finden. Wir hatten
viele Tage gemeldet, daß der Reichspräsident
den bisherigen Reichskanzler Müller mit der Neu-
bildung des Kabinetts beauftragten würde. Das ist jetzt
geschehen. Wie wir hören, wird der Reichskanzler
im Laufe des Tages mit dem Reichstagsabge-
ordneten von der Unabhängigen Sozialdemo-
kratischen Partei in Verbindung stehen, um die Bedingungen
zu hören.

Der Kabinettentwurf der sächsischen Volkskammer
am Donnerstag vormittag die Frage der Rückwirkung
der Reichstagswahlen auf die Verhältnisse
und das Weiterbestehen der jüngsten Regierung.
Reichsbehörden entschlossen sich, die Konsequenzen
durch die Reichstagswahlen geschaffenen Lage zu
erwarten den Rücktritt des Gesamtministeriums.
Demokratische Fraktion insbesondere ist einhellig der
Meinung, daß das Gesamtministerium formell zurücktreten
und nur als Geschäftsmasterium vorläufig die Ge-
werke zu führen habe. Die Regierung ist grund-
sätzlich entschlossen, hat aber dringend gebeten,
um Interesse des Landes notwendigen Arbeiten von
der Kammer erledigt werden sollen. Dazu gehören der
Wahlgesetz und die Verfassung. Die Demo-
kratien sind zur Erfüllung dieser Aufgaben bereit,

im Einvernehmen mit den Oppositionsparteien
sich zu verhandeln. Die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-
sche Volkspartei ließen durch ihre Vertreter erklären,
sie könnten zwar unumgänglich notwendig seien, daß
eine neue Regierung zu bilden. Die Unabhängigen
sind eine neue Regierung notwendig, und sie sind
bereit, den Staat und das Wahlgesetz zu erledigen,
aber nicht, daß die Verfassung noch von der jüngsten
Regierung behandelt wird. Die Rechtsparteien
sind einer entsprechenden Erklärung Stellung
gezogen, um während der Dienststunden eine Ver-
handlung gegen die Beschlüsse der Volkskammer
zu verhindern, ja berechtigten Unwillen hervor-
ruft, die Autorität und den exzitierenden Einfluß

einer Korrespondenzmeldung folge sind im Mai in
der Reichsbuderei weitere 4,5 Milliarden ungedeckte Reichs-
posten gedrückt worden. Seit dem 1. Juni arbeitet die
Buderei mit verstärktem Betriebspersonal.

Die Fraktion der Deutschen Nationalen in der Volks-
kammer hat eine kurze Anfrage in der Kammer eingebrochen,
die einen eintägigen Streik der Dresdner Volkschulen
wegen der Eingruppierung in der Bildungsordnung
heißt da: Am 4. Mai haben in Dresden
die Lehrer den Unterricht der ihnen anvertrauten
Schüler, um während der Dienststunden eine Ver-
handlung gegen die Beschlüsse der Volkskammer
zu verhindern, ja berechtigten Unwillen hervor-
ruft, die Kinder zu erschüttern geeignet ist und

diese Auslehnung im Amt zu führen,
diese Maßnahmen hat sie getroffen, solche Vorkomm-
nisse sind unmöglich zu machen?

Der ersten Gesetz, daß dem neuen Reichstag

wird eine Vorlage zur Sitzung aller

Abgeordneten, die vom Produzenten nicht über 15 Prozent,

sondern nicht über 30 Prozent überschritten werden

Gebensmittelsteuer und Bucher soll außer

dem vollkommen Vermögenskonfiskation

des Geschäfts bestraft werden. Wohnungs-

ausbau mit Einziehen der Mieten und durch zwangs-

Bewaltung des Hauses bestraft werden.

Örtliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 12. Juni 1920.

Marmelade-Verteilung. Auf Grund der Bekannt-
machung vom 29. Januar 1919 werden in der Amtshaupt-
mannschaft Dresden-Reutlingen die Stadt Rade-
berg Abschnitt 49 der weißen Brotaufstrichkarte mit einem
Pfund Marmelade, Abschnitt 49 der roten Brotaufstrichkarte
mit $\frac{1}{2}$ Pfund Marmelade beliefert. Die Anmeldung für
diese Belieferung hat seitens der Verbraucher bis zum 16. Juni
in einem Kleinhandelsgeschäft zu erfolgen.

Von den für die Amtshauptmannschaft Dresden-N.
einschließlich der Stadt Radeberg auf die Zeit vom 8. Juni
bis 3. Juli 1920 ausgegebenen Nährmittelpaketen werden
belieft: Abschnitt 49 der gelben Karte A mit $\frac{1}{2}$ Pfund
Hafermehl, Abschnitt 49 der roten Karte B mit $\frac{1}{2}$ Pfund
Hafermehl, Abschnitt 49 der grünen Karte C mit $\frac{1}{2}$ Pfund
Hafermehl, Abschnitt 49 der blauen Karte D mit $\frac{1}{2}$ Pfund
Hafermehl. Die Anmeldung für diese Belieferung hat seitens
der Verbraucher spätestens bis zum 16. Juni 1920 in einem
Kleinhandelsgeschäft zu erfolgen.

Freigabe der Einfuhr für frisches Obst und Gemüse.
Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirt-
schaft wird mitgeteilt: Die Nachricht über die Freigabe
der Einfuhr von frischem Obst und frischem Gemüse ist
zurzeit. Mit sofortiger Wirkung wird die Einfuhr von
frischem Obst, mit Ausnahme von Bugusobst und Süd-
früchten, freigegeben. Als Bugusobst gelten insbesondere
Pflaumen, Weintrauben, Edelost (seine Tafeläpfel und
Tafelbirnen). Sofort zur Einfuhr unbeschränkt freigegeben
ist ferner getrocknetes und gedörrtes Obst, außer getrockneten
Süßfrüchten. Vom 21., spätestens 28. Juni d. J. ab
wird auch frisches Gemüse unbeschränkt zur Einfuhr über
die Grenze herangeflossen werden.

Das Reichsernährungsamt hatte die Absicht, die
Fleischpreise noch weiter zu erhöhen. Durch energische
Vorstellungen Bayerns ist es erreicht worden, daß diese er-
neute Erhöhung der Fleischpreise in Deutschland nicht
eintritt.

Bienenzucht und Holznot. Bielbach ist von Innen-
 darüber klage geführt worden, daß Gemeinden, die durch
den Mangel an Brenn-, Heiz- und Rohholz gezwungen
waren, Teile ihres Baumbestandes abzuholzen, hierbei auf
die Bienenzucht, die für die Volksernährung eine nicht zu
unterätzende Bedeutung hat und deren Förderung daher
im allgemeinen Augen liegt, nicht genügend Rücksicht ge-
nommen hätten. So sollen vorwiegend die für die Bienenzucht
besonders wichtigen Alaziendäume gefällt worden sein,
während andere, oft bedeutend ältere Bäume, wie Pappeln
nicht zerstochen wurden. Die Imker erblicken darin eine
Gefährdung der Bienenzucht und haben gebeten, Alaziendäume
und Linden in Zukunft nach Möglichkeit zu schonen.

Die Schuhwarenhändler in Bernburg haben ge-
meinsam beschlossen, die Preise für Schuhwaren erheblich
herabzusetzen. Sie erklären in einer Bekanntmachung, daß
die Zurückhaltung des laufenden Publikums eine große
Geschäftsstille und Arbeitslosigkeit hervorgerufen haben, und
daß man der gegenwärtigen Wirtschaftslage durch Herab-
setzung der Schuhwarenpreise Rechnung tragen müsse.

Seifersdorf. Herr Graf Brühl-Renard, der als
Vorsitzender des sächsischen Landwirtschaftsvereins diesen in
30 Jahren zu hoher Blüte brachte, erhielt in einer
Vereinstagung am 26. Mai durch Herrn Geheimrat
Dr. Andra die Silberne Medaille für Verdienste um die
Landwirtschaft. Gleichzeitig wurde dem Zimmermann
Ernst Wölkel für 40jährige treue Dienste auf dem sächsischen
Rittergute die Goldene Medaille des Kreis-Vereins über-
reicht.

Radeberg. Ein schweres Explosionsunglück er-
eignete sich am Donnerstag nachmittag bei der Sächsischen
Industrie-Gesellschaft in dem früheren Feuerwehrlaboratorium.

Die genannte Firma beschäftigt sich mit der Demontage
mit Säubern. Bei dem Abladen der Kisten explodierte eine
Kiste mit Säubern und tötete sofort zwei Arbeiter, während
vier Arbeiter schwer verletzt wurden, sodass sich deren
sofortige Überführung in das Krankenhaus notwendig
machte. Kurz nach Einführung gab einer seinen Geist
auf, bei einem anderen der Schwerverletzten besteht wenig
Hoffnung, diesen am Leben zu erhalten. Ein durch die
Explosion entstandener Brand konnte durch schnelles Ein-
greifen gelöscht werden.

Einer Geheimschlachtung ist man wiederum auf die

Spur gekommen. Ein hiesiger Einwohner R. laufte in der

Baumwolle Haußert in Tollwitz 4 Ochsen unter der An-
gabe, sie zu Nutzwedeln zu verwenden. Die 4 Tiere mit
einem Gesamtlebengewicht von 56 Zentnern wurden aber
in der Scheune einer kleinen Gastwirtschaft schwarz ge-
schlachtet und das Fleisch an größere Etablissements
Dessens und der Umgebung veräußert.

Königsbrück. Eine Verhauptung der hiesigen
Telefoninhaber beschloß, alle entbehrlichen Fernsprech-Anschlüsse
spätestens am 15. Juni mit Wirkung zum 1. Oktober zu
kündigen. Zu weiterer Erledigung der Angelegenheit wurde
ein Ausschuss gewählt.

Dresden. Von einem Privatkraftwagen überfahren
wurde vorgestern nachmittag in der sechsten Stunde in der
Prager Straße ein in der Rücksitzbank wohnhafter Dame R.
Sie erlitt einen Bruch und wurde nach der Sanitäts-
wache in der Wallstraße und von dort nach dem Kranken-
haus gebracht.

Am Donnerstag mittag stürzte in einem an der
Weißeritzstraße gelegenen Sägewerk ein 27 Jahre alter
Arbeiter losföhren eine vom ersten Stock herabführende
„Musch“ hinunter und schlug so heftig mit dem Kopfe auf
das Steinplatte auf, daß er bewußtlos liegen blieb. Er
hatte sich einen Schädelbruch zugezogen.

In der Nacht zum Donnerstag schnitt sich ein in
der Friedrichstraße wohnhafter 74 Jahre alter Rentner
wegen Krankheit und Angstniß die Pulsader mit einem
Rasiermesser durch und wurde am nächsten Morgen tot auf-
gefunden.

Ein Forschungsinstitut für Lederindustrie soll, wie
die „Dresdner Volkszeitung“ meldet, in Sachsen errichtet
werden. In welche Stadt es kommen soll, ist noch unent-
schieden. Doch werden voransichtlich in erster Linie
Freiberg und Dresden in Betracht kommen. Durch eine
Vorlage wird von der sächsischen Volkskammer ein ein-
maliger Beitrag von 500000 Mark und ein laufender von
jährlich 50000 Mark gehoben, für den Fall, daß das
Institut wirklich nach Sachsen gelegt wird.

Hirschfeld. Das hiesige staatliche Elektrizitätswerk wird in Zukunft eine Sicherheitsreserve aus dem Reichs-
werk Lautawerk erhalten. Die geplante Versorgung des
größten Teiles des Freistaates Sachsen mit elektrischem
Strom aus dem Lautawerk bei Hoyerswerda ist nunmehr
eingeleitet worden. Mit dem Bau einer 100000-Volt-
Spannung hat man begonnen. Das Reich baut die Leitung
bis Radeberg. Von da bis Dresden über Großenhain
wird sie vom sächsischen Staat gebaut. Zugleich wird auch
eine Verbindung des Lautawerkes mit dem sächsischen
Staatswerk Hirschfelde vorgenommen. Die Leitung wird
im Sommer betriebsfähig sein. Das sächsische Finanz-
ministerium soll ermächtigt werden, für die Zwecke des
staatlichen Elektrizitätswerknehmens 84 Millionen im Wege
der Anleihe häufig zu machen.

Eine wieder außerordentlich gute Ernte steht
für dieses Jahr im Spreewald zu erwarten, wo bereits im
vorigen Jahr eine alle Erwartungen übertreffende Ernte zu
verzeichnen war. Die Weizenernte verspricht gut zu
werden, die Getreidearten bieten ein erfreuliches Bild. Die
Gurken stehen vorzüglich, auch die Zwiebeln sind fast durch-
weg groß und stark eingewachsen, nur auf besonders tielem
Sande liegen sie unter der Rübe. Der Roggen, der durch
den Regen im April gelitten hatte, hat sich sehr gut erholt.
Im Spreewald finden sich Felder, auf der die Halme über
2 Meter hoch sind. Trotz der Höhe sind sie stämmig, jedoch
nicht allzu dicht. Dafür sind die Lehnen sehr lang. Weizen
und Hafer lassen auch nichts zu wünschen übrig. Nicht
allein steht der Roggen. Nur die Kartoffeln hatten anfangs
unter der Rübe zu leiden und mußten hin und wieder nach-
gepflanzt werden. Jetzt nach dem trockenen Winden aber
scheinen sie sich vorzüglich.

Siebenlehn. Infolge Abschöpfung, man sagt,
daß es sich um 12000 Paar fertiggestellter Schuhe handle,
scheitert sich die Schuhfabrik von Höller, Hodeney & Stadler
gezwungen, ihrem gesamten Arbeitspersonal zu kündigen und
den Betrieb bis auf weiteres einzustellen. Durch diese Maß-
nahme werden gegen 150 Arbeiter getroffen.

Bad Lausick. Hier werden seitens der Gewerbe-
und Handelsvertreter sämtliche Fernsprechanschlüsse ge-
kündigt, bis auf zwei oder drei. Außer diesen werden nur
noch die behördlichen Anschlüsse weiter bestehen. Da letztere
keine Einnahmen für die Post bedeuten, sieht der Fernsprech-
verkehr hier am 1. Juli vor seinem Zusammenbruch. So
wird es wohl auch im ganzen Reiche sein.